Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1898

26. 02. 88

Sachgebiet 951

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 125 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1966 über die Befähigungsnachweise der Fischer

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen ergänzt das Übereinkommen Nr. 53 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936 über das Mindestmaß beruflicher Befähigung der Schiffsführer und Schiffsoffiziere auf Handelsschiffen, indem es für den Bereich der Seefischerei die Mindestvoraussetzungen für die Erteilung von Befähigungsnachweisen an Schiffsführer, Steuerleute und Maschinisten präzisiert.

B. Lösung

Da sich das Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, bedarf es gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Vertragsgesetzes.

Die in dem Übereinkommen geforderten Voraussetzungen zum Erwerb von Befähigungszeugnissen für Kapitäne oder Wachoffiziere des Deck- und Maschinendienstes auf Fischereifahrzeugen entsprechen dem einschlägigen innerstaatlichen Recht. Die Regeln, die danach für die Besetzung deutscher Fischereifahrzeuge und die Befähigungszeugnisse ihrer Kapitäne sowie ihrer nautischen und technischen Schiffsoffiziere gelten, bleiben in keinem Punkt hinter den Vorschriften des Übereinkommens zurück, sondern gehen teilweise darüber hinaus, wie z. B. in den Anforderungen an die Ausbildung oder auch dadurch, daß eine längere Berufserfahrung für den Erwerb der Befähigungszeugnisse verlangt wird. Die nach dem Übereinkommen vorgeschriebenen Strafen oder Dienststrafmaßnahmen, die bisher eine Ratifizierung des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland nicht zuließen, weil strittig war, ob das innerstaatliche Recht derartige Strafsanktionen vorsah, sind nunmehr im Seemannsgesetz und in der Schiffsbesetzungsverordnung sowie durch Vorschriften des Allgemeinen Strafrechts umgesetzt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (311) – 806 04 – In 55/88

Bonn, den 26. Februar 1988

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 125 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1966 über die Befähigungsnachweise der Fischer mit Begründung und Vorblatt.

Der englische und französische Wortlaut des Übereinkommens mit deutscher Übersetzung und eine Denkschrift zu dem Übereinkommen sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 586. Sitzung am 26. Februar 1988 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 125 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1966 über die Befähigungsnachweise der Fischer

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 21. Juni 1966 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über die Befähigungsnachweise der Fischer wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch Artikel 14 Abs. 1 des Übereinkommens das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da zur Ausführung dieses Gesetzes eine Änderung des innerstaatlichen Rechts nicht erforderlich ist.

Convention 125

Convention concerning fishermen's certificates of competency

Convention 125

Convention concernant les brevets de capacité des pêcheurs

Übereinkommen 125

Übereinkommen über die Befähigungsnachweise der Fischer

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Fiftieth Session on 1 June 1966, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to fishermen's certificates of competency, which is included in the sixth item on the agenda of the session, and

Noting the provisions of the Officers' Competency Certificates Convention, 1936, which provides that no person shall be engaged to perform or shall perform on board any vessel to which it applies the duties of master or skipper, navigating officer in charge of a watch, chief engineer, or engineer officer in charge of a watch, unless he holds a certificate of competency to perform such duties issued or approved by the public authority of the territory where the vessel is registered, and

Considering that experience has shown that further international standards specifying minimum requirements for certificates of competency for service in fishing vessels are desirable, and

Having determined that these standards shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-first day of June of the year one thousand nine hundred and sixty-six the following Convention, which may be cited as the Fishermen's Competency Certificates Convention, 1966:

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 1er juin 1966, en sa cinquantième session;

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux brevets de capacité des pêcheurs, question qui est comprise dans le sixième point à l'ordre du jour de la session;

Ayant noté les termes de la convention sur les brevets de capacité des officiers, 1936, selon laquelle nul ne peut exercer ou être engagé pour exercer à bord d'un navire auquel s'applique ladite convention les fonctions de capitaine ou patron, d'officier de pont chef de quart, de chef mécanicien et d'officier mécanicien chef de quart sans être titulaire d'un brevet, constatant sa capacité d'exercer ces fonctions, délivré ou approuvé par l'autorité publique du territoire où le navire est immatriculé;

Considérant que l'expérience a montré qu'il serait souhaitable de prévoir des normes internationales supplémentaires relatives aux conditions minima qui doivent être remplies pour l'obtention d'un brevet de capacité autorisant son titulaire à servir à bord de bateaux de pêche;

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt et unième jour de juin mil neuf cent soixante-six, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur les brevets de capacité des pêcheurs, 1966:

(Übersetzung)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 1. Juni 1966 zu ihrer fünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Befähigungsnachweise der Fischer, eine Frage, die zum sechsten Gegenstand ihrer Tagesordnung gehört;

hat von den Bestimmungen des Übereinkommens über die Befähigungsausweise der Schiffsoffiziere, 1936, Kenntnis genommen, das bestimmt, daß keine Person an Bord eines Schiffes, für das jenes Übereinkommen gilt, die Dienste des Schiffsführers oder Schiffers, eines Wachoffiziers des Decksdienstes, des leitenden Schiffsingenieurs oder eines wachhabenden Schiffsingenieurs ausüben noch zur Ausübung solcher Dienste eingesetzt werden darf, wenn sie nicht einen Befähigungsausweis besitzt, aus dem sich ihre Eignung zur Ausübung dieser Dienste ergibt, wobei dieser Ausweis von der zuständigen Stelle des Gebietes ausgestellt oder anerkannt sein muß, in dem das Schiff eingetragen ist;

geht davon aus, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß weitere internationale Normen zur Festlegung der Mindesterfordernisse für die Ausstellung von Befähigungsnachweisen für den Dienst auf Fischereifahrzeugen wünschenswert sind; und hat

dabei bestimmt, daß diese Normen die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 21. Juni 1966, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Befähigungsnachweise der Fischer, 1966, bezeichnet wird.

Part I

Scope and Definitions

Article 1

For the purposes of this Convention, the term "fishing vessel" includes all ships and boats, of any nature whatsoever, whether publicly or privately owned, which are engaged in maritime fishing in salt waters and are registered in a territory for which the Convention is in force, with the exception of –

(a) ships and boats of less than 25 gross registered tons;

(b) ships and boats engaged in whaling or similar pursuits;

(c) ships and boats engaged in fishing for sport or recreation;

(d) fishery research and fishery protection vessels.

Article 2

The competent authority may, after consultation with the fishing vessel owners' and fishermen's organisations where such exist, exempt from this Convention fishing vessels engaged in inshore fishing, as defined by national laws and regulations.

Article 3

For the purpose of this Convention, the following terms have the meanings hereby assigned to them:

(a) skipper: any person having command or charge of a fishing vessel;

(b) mate: any person exercising subordinate command of a fishing vessel, including any person, other than a pilot, liable at any time to be in charge of the navigation of such a vessel;

(c) engineer: any person permanently responsible for the mechanical propulsion of a fishing vessel.

Part II

Certification

Article 4

Each Member which ratifies this Convention shall establish standards of qualification for certificates of competency entitling a person to perform the duties of skipper, mate or engineer on board a fishing vessel.

Partie I

Champ d'application et définitions

Article 1

Aux fins de la présente convention, l'expression «bateaux de pêche» vise tous les navires et bateaux, quels qu'ils soient, de propriété publique ou privée, affectés à la pêche maritime dans les eaux salées et immatriculés dans un territoire pour lequel cette convention est en vigueur, à l'exception:

a) des navires et bateaux d'une jauge brute enregistrée inférieure à 25 tonneaux;

b) des navires et bateaux affectés à la chasse à la baleine ou à des opérations analogues;

c) des navires et bateaux utilisés pour la pêche sportive ou de plaisance;

d) des navires de recherche ou de protection des pêcheries.

Article 2

L'autorité compétente peut, après consultation des organisations d'armateurs à la pêche et des organisations de pêcheurs, s'il en existe, prévoir des dérogations à la présente convention pour les navires de pêche côtière au sens de la législation nationale.

Article 3

Aux fins de la présente convention, les termes suivants devraient être entendus comme significant:

a) patron: toute personne chargée du commandement d'un bateau de pêche;

b) second: toute personne chargée en second du commandement d'un bateau de pêche, y compris les personnes, autres que les pilotes, pouvrant être à tout moment chargées d'assurer la navigation;

c) mécanicien: toute personne ayant la direction permanente du service assurant la propulsion mécanique d'un bateau de pêche.

Partie II

Délivrance des brevets

Article 4

Tout Membre qui ratifie la présente convention doit établir des normes relatives aux qualifications requises pour obtenir un brevet de capacité habilitant son titulaire à exercer les fonctions de patron, de second ou de mécanicien à bord d'un bateau de pêche.

Teil I

Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Der Ausdruck „Fischereifahrzeug" im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt Schiffe und Boote aller Art, gleichviel ob sie in öffentlichem oder privatem Eigentum stehen, die bei der Seefischerei im Salzwasser verwendet werden und in einem Gebiet eingetragen sind, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, mit Ausnahme von

a) Schiffen und Booten unter 25 Bruttoregistertonnen;

b) Schiffen und Booten, die zur Walfischjagd oder zu ähnlichen Zwecken verwendet werden;

c) Schiffen und Booten, die zum Fischen als Sport oder zum Vergnügen verwendet werden;

d) Fischereiforschungsschiffen und Fischereischutzschiffen.

Artikel 2

Die zuständige Stelle kann nach Anhörung der Berufsverbände der Eigentümer von Fischereifahrzeugen und der Fischer, soweit solche bestehen, Fahrzeuge, die zur Küstenfischerei im Sinne der innerstaatlichen Gesetzgebung verwendet werden, von der Anwendung dieses Übereinkommens ausnehmen.

Artikel 3

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeuten die Ausdrücke

a) „Schiffsführer" jede Person, der die Befehlsgewalt über ein Fischereifahrzeug übertragen ist;

b) „Steuermann" jede Person, die nachgeordnete Befehlsgewalt über ein Fischereifahrzeug ausübt, einschließlich jeder Person, mit Ausnahme des Lotsen, der jederzeit die Navigation eines solchen Fahrzeugs übertragen werden kann;

c) „Maschinist" jede Person, der die ständige Verantwortung für die Antriebsmaschinen eines Fischereifahrzeugs übertragen ist.

Teil II

Ausstellung von Befähigungsnachweisen

Artikel 4

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat Normen für den Erwerb von Befähigungsnachweisen aufzustellen, die den Inhaber berechtigen, die Aufgaben eines Schiffsführers, Steuermanns oder Maschinisten an Bord eines Fischereifahrzeugs auszuüben.

Article 5

1. All fishing vessels to which this Convention applies shall be required to carry a certificated skipper.

2. All fishing vessels over 100 gross registered tons engaged in operations and areas to be defined by national laws or regulations shall be required to carry a certificated mate.

3. All fishing vessels with an engine power above a level to be determined by the competent authority, after consultation with the fishing vessel owners' and fishermen's organisations where such exist, shall be required to carry a certificated engineer: Provided that the skipper or mate of a fishing vessel may act as engineer in appropriate cases and on condition that he also holds an engineer's certificate.

4. The certificates of skippers, mates or engineers may be full or limited, according to the size, type, and nature and area of operations of the fishing vessel, as determined by national laws or regulations.

5. The competent authority may in individual cases permit a fishing vessel to put to sea without the full complement of certificated personnel if it is satisfied that no suitable substitutes are available and that, having regard to all the circumstances of the case, it is safe to allow the vessel to put to sea.

Article 6

1. The minimum age prescribed by national laws or regulations for the issue of a certificate of competency shall be not less than –

(a) 20 years in the case of a skipper;

(b) 19 years in the case of a mate;

(c) 20 years in the case of an engineer.

2. For the purpose of service as a skipper or mate in a fishing vessel engaged in inshore fishing and for the purpose of service as an engineer in small fishing vessels with an engine power below a level to be determined by the competent authority after consultation with the fishing vessel owner's and fishermen's organisations, where such exist, the minimum age may be fixed at 18 years.

Article 7

The minimum professional experience prescribed by national laws or regulations

Article 5

1. Tous les bateaux de pêche auxquels la présente convention s'applique devront obligatoirement embarquer un patron breveté.

2. Tous les bateaux de pêche d'une jauge brute enregistrée supérieure à 100 tonneaux, affectés à des opérations ou à des zones qui devront être définies par la législation nationale, devront obligatoirement embarquer un second breveté.

3. Tous les bateaux de pêche dont le moteur développe une puissance supérieure à celle qui sera déterminée par l'autorité compétente après consultation des organisations d'armateurs à la pêche et des organisations de pêcheurs, s'il en existe, devront obligatoirement embarquer un mécanicien breveté, étant entendu toutefois que le patron ou le second du bateau de pêche peut faire fonction de mécanicien dans certains cas et sous réserve qu'il soit titulaire d'un brevet de mécanicien.

4. Les brevets délivrés aux patrons, seconds et mécaniciens pourront être des brevets complets ou restreints, en fonction des dimensions et du type du bateau de pêche, de la nature de la pêche pratiquée et des zones de pêche, selon ce qui sera déterminé par la législation nationale.

5. L'autorité compétente pourra, dans des cas particuliers, autoriser un bateau de pêche à prendre la mer sans avoir à bord une équipe complète de personnel breveté, si ladite autorité considère que des personnes possédant les qualifications voulues ne sont pas disponibles et que, compte tenu de toutes les circonstances de l'espèce, aucun risque n'est encouru en permettant au bateau de prendre la mer.

Article 6

1. L'âge minimum prescrit par la législation nationale pour la délivrance d'un brevet de capacité ne doit pas être inférieur à:

a) ving ans pour les patrons;

b) dix-neuf ans pour les seconds;

c) vingt ans pour les mécaniciens.

2. L'âge minimum peut toutefois être fixé à dix-huit ans pour les patrons et les seconds servant à bord d'un bateau affecté à la pêche côtière, et pour les mécaniciens servant à bord d'un petit bateau de pêche dont le moteur développe une puissance inférieure à celle qui sera déterminée par l'autorité compétente après consultation des organisations d'armateurs à la pêche et des organisations de pêcheurs, s'il en existe.

Article 7

Le minimum d'expérience professionnelle requis par la législation nationale pour la

Artikel 5

1. Alle Fischereifahrzeuge, für die dieses Übereinkommen gilt, müssen einen Schiffsführer an Bord haben, der einen Befähigungsnachweis besitzt.

2. Alle Fischereifahrzeuge über 100 Bruttoregistertonnen, die für Tätigkeiten oder in Zonen verwendet werden, die von der innerstaatlichen Gesetzgebung festzulegen sind, müssen einen Steuermann an Bord haben, der einen Befähigungsnachweis besitzt.

3. Alle Fischereifahrzeuge, deren Motorleistung einen von der zuständigen Stelle nach Anhörung der Berufsverbände der Eigentümer von Fischereifahrzeugen und der Fischer, soweit solche bestehen, festzulegenden Grenzwert überschreitet, müssen einen Maschinisten an Bord haben, der einen Befähigungsnachweis besitzt. In geeigneten Fällen kann jedoch der Schiffsführer oder Steuermann eines Fischereifahrzeugs auch die Aufgaben des Maschinisten wahrnehmen, wenn er einen Befähigungsnachweis für Maschinisten besitzt.

4. Die Befähigungsnachweise für Schiffsführer, Steuerleute und Maschinisten können entsprechend der innerstaatlichen Gesetzgebung je nach Größe und Typ des Fischereifahrzeugs sowie der Art der ausgeübten Fangtätigkeit und der Fangzone mit unbeschränkter oder mit beschränkter Gültigkeit ausgestellt werden.

5. Die zuständige Stelle kann in Einzelfällen einem Fischereifahrzeug gestatten, ohne die volle Anzahl von Inhabern von Befähigungsnachweisen auszulaufen, wenn sie sich vergewissert hat, daß keine geeigneten Ersatzkräfte verfügbar sind und daß unter Berücksichtigung aller Umstände des betreffenden Falls keine Sicherheitserwägungen dagegen sprechen, das Schiff auslaufen zu lassen.

Artikel 6

1. Das von der innerstaatlichen Gesetzgebung für die Ausstellung eines Befähigungsnachweises vorgeschriebene Mindestalter darf nicht niedriger sein als

a) zwanzig Jahre für einen Schiffsführer;

b) neunzehn Jahre für einen Steuermann;

c) zwanzig Jahre für einen Maschinisten.

2. Für den Dienst als Schiffsführer oder Steuermann eines in der Küstenfischerei verwendeten Fischereifahrzeugs und für den Dienst als Maschinist auf einem kleinen Fischereifahrzeug, dessen Motorleistung unter einem Grenzwert liegt, der von der zuständigen Stelle nach Anhörung der Berufsverbände der Eigentümer von Fischereifahrzeugen und der Fischer, soweit solche bestehen, festzulegen ist, kann das Mindestalter auf achtzehn Jahre festgesetzt werden.

Artikel 7

Die von der innerstaatlichen Gesetzgebung für die Ausstellung eines Befähi-

for the issue of a mate's certificate of competency shall be not less than three years' sea service engaged in deck duties.

délivrance d'un brevet de second ne doit pas être inférieur à trois années de navigation au service du pont.

gungsnachweises für Steuerleute vorgeschriebene Mindestberufserfahrung hat mindestens drei Jahre Seefahrtzeit im Decksdienst zu betragen.

Article 8

1. The minimum professional experience prescribed by national laws or regulations for the issue of a skipper's certificate of competency shall be not less than four years' sea service engaged in deck duties.

2. The competent authority may, after consultation with the fishing vessel owners' and fishermen's organisations where such exist, require a part of this period to be served as a certificated mate; where national laws or regulations provide for the issue of different grades of certificates of competency, full and limited, to skippers of fishing vessels, the nature of the qualifying service as a certificated mate or the type of certificate held while performing such qualifying service may vary accordingly.

Article 8

1. Le minimum d'expérience professionnelle requis par la législation nationale pour la délivrance d'un brevet de patron ne doit pas être inférieur à quatre années de navigation au service du pont.

2. L'autorité compétente pourra, après consultation des organisations d'armateurs à la pêche et des organisations de pêcheurs, s'il en existe, exiger qu'une partie de ce service ait été accomplie en qualité de second breveté; si, aux termes de la législation nationale, la délivrance de brevets de capacité de divers degrés, complets ou restreints, est prévue pour les patrons de pêche, la nature des services accomplis en qualité de second breveté ou la nature du diplôme détenu lors de l'accomplissement de ces services peut varier en conséquence.

Artikel 8

1. Die von der innerstaatlichen Gesetzgebung für die Ausstellung eines Befähigungsnachweises für Schiffsführer vorgeschriebene Mindestberufserfahrung hat mindestens vier Jahre Seefahrtzeit im Decksdienst zu betragen.

2. Die zuständige Stelle kann nach Anhörung der Berufsverbände der Eigentümer von Fischereifahrzeugen und der Fischer, soweit solche bestehen, verlangen, daß ein Teil dieser Seefahrtzeit als Steuermann mit Befähigungsnachweis zurückzulegen ist. Wenn die innerstaatliche Gesetzgebung die Ausstellung von Befähigungsnachweisen verschiedener Grade mit unbeschränkter oder beschränkter Gültigkeit für Schiffsführer von Fischereifahrzeugen vorsieht, kann die Art der erforderlichen Seefahrtzeit als Steuermann mit Befähigungsnachweis oder die Art des während dieser Seefahrtzeit innegehabten Befähigungsnachweises entsprechend unterschiedlich sein.

Article 9

1. The minimum professional experience prescribed by national laws or regulations for the issue of an engineer's certificate of competency shall be not less than three years' sea service in the engine-room.

2. In the case of a certificated skipper or mate a shorter qualifying period of sea service may be prescribed.

3. In the case of the small fishing vessels referred to in Article 6, paragraph 2, of this Convention, the competent authority may, after consultation with the fishing vessel owners' and fishermen's organisations where such exist, prescribe a qualifying period of sea service of 12 months.

4. Work in an engineering workshop may be regarded as equivalent to sea service for part of the qualifying periods provided for in paragraphs 1 to 3 of this Article.

Article 9

1. Le minimum d'expérience professionnelle requis par la législation nationale pour la délivrance d'un brevet de mécanicien ne doit pas être inférieur à trois années de navigation dans la salle des machines.

2. Une période plus courte de navigation peut être fixée lorsqu'il s'agit d'un patron ou d'un second breveté.

3. Dans le cas des petits bateaux de pêche dont il est question à l'article 6, paragraphe 2, ci-dessus, l'autorité compétente peut, après consultation des organisations d'armateurs à la pêche et des organisations de pêcheurs, s'il en existe, fixer une période de navigation limitée à douze mois.

4. Le cas échéant, une partie des temps de navigation requis conformément aux paragraphes précédents peut être remplacée par la période durant laquelle le candidat au brevet a travaillé dans un atelier de mécanique.

Artikel 9

1. Die von der innerstaatlichen Gesetzgebung für die Ausstellung eines Befähigungsnachweises für Maschinisten vorgeschriebene Mindestberufserfahrung hat mindestens drei Jahre Seefahrtzeit im Maschinendienst zu betragen.

2. Für Schiffsführer oder Steuerleute mit Befähigungsnachweis kann eine kürzere Seefahrtzeit vorgeschrieben werden.

3. Für die in Artikel 6 Absatz 2 dieses Übereinkommens erwähnten kleinen Fischereifahrzeuge kann die zuständige Stelle nach Anhörung der Berufsverbände der Eigentümer von Fischereifahrzeugen und der Fischer, soweit solche bestehen, eine Seefahrtzeit von zwölf Monaten vorschreiben.

4. Die Arbeit in einer Maschinenwerkstatt kann zum Teil auf die in den Absätzen 1 bis 3 dieses Artikels geforderte Seefahrtzeit angerechnet werden.

Article 10

In respect of persons who have successfully completed an approved training course, the periods of sea service required in virtue of Articles 7, 8 and 9 of this Convention may be reduced by the period of training, but in no case by more than 12 months.

Article 10

Le temps passé par les candidats dans un cours de formation professionnelle agréé peut être défalqué des périodes de navigation exigées en vertu des articles 7, 8 et 9 ci-dessus, mais à concurrence de douze mois seulement.

Artikel 10

Den Personen, die einen anerkannten Ausbildungslehrgang mit Erfolg abgeschlossen haben, kann die Ausbildungszeit auf die nach Artikel 7, 8 und 9 dieses Übereinkommens geforderte Seefahrtzeit angerechnet werden, jedoch nur bis zu einem Höchstmaß von zwölf Monaten.

Part III

Examinations

Article 11

In the examinations organised and supervised by the competent authority for the

Partie III

Examens

Article 11

Les examens, organisés et contrôlés par l'autorité compétente afin de s'assurer que

Teil III

Prüfungen

Artikel 11

Bei den Prüfungen, die von der zuständigen Stelle veranstaltet und beaufsichtigt

purpose of testing whether candidates for competency certificates possess the qualifications necessary for performing the corresponding duties, the candidates shall be required to show knowledge, appropriate to the categories and grades of certificates, of such subjects as –

(a) in the case of skippers and mates –

(i) general nautical subjects, including seamanship, shiphandling and safety of life at sea, and a proper knowledge of the international Regulations for Preventing Collisions at Sea;

(ii) practical navigation, including the use of electronic and mechanical aids to navigation;

(iii) safe working practices, including safety in the handling of fishing gear;

(b) in the case of engineers –

(i) theory, operation, maintenance and repair of steam or internal combustion engines and related auxiliary equipment;

(ii) operation, maintenance and repair of refrigeration systems, pumps, deck winches and other mechanical equipment of fishing vessels, including the effects on stability;

(iii) principles of shipboard electric power installations, and maintenance and repair of the electrical machinery and equipment of fishing vessels; and

(iv) engineering safety precautions and emergency procedures, including the use of live-saving and fire-fighting appliances.

Article 12

The examinations for certificates of skippers and mates referred to in Article 11, sub-paragraph (a), of this Convention may also cover the following subjects:

(a) fishing techniques, including where appropriate the operation of electronic fish-finding devices, and the operation, maintenance and repair of fishing-gear; and

(b) stowage, cleaning and processing of fish on board.

Article 13

During a period of three years from the date of the coming into force of national laws or regulations giving effect to the provi-

les candidats aux divers brevets ont les qualifications nécessaires pour exercer les fonctions correspondant à ces derniers, doivent permettre de vérifier que ces candidats ont une connaissance suffisante – correspondant à la catégorie et au degré du brevet qu'ils veulent obtenir – de matières telles que:

a) pour les patrons et seconds:

i) disciplines nautiques générales, y compris le matelotage, la manœuvre du bateau, la sécurité de la vie humaine en mer et une bonne connaissance des Règles internationales pour prévenir les abordages en mer;

ii) navigation pratique, y compris l'usage d'instruments et de systèmes de navigation électroniques ou mécaniques;

iii) sécurité du travail, notamment dans la manipulation des engins de pêche;

b) pour les mécaniciens:

i) théorie, conduite, entretien et réparation des machines à vapeur ou des moteurs à combustion interne, ainsi que des engins auxiliaires;

ii) utilisation, entretien et réparation des installations de réfrigération, des pompes d'incendie, des treuils de pont, ainsi que des autres installations mécaniques équipant les bateaux de pêche, y compris les effets sur la stabilité;

iii) notions fondamentales sur les installations électriques du bateau; entretien et réparation des machines et des appareils électriques équipant les bateaux de pêche;

iv) mesures de sécurité techniques et manœuvres de sauvetage, y compris l'usage des engins de sauvetage et du matériel de lutte contre le feu.

Article 12

Les examens pour l'obtention de brevets pour les patrons et seconds, prévus à l'article 11, alinéa a), peuvent également porter sur les matières suivantes:

a) techniques de pêche, y compris, s'il y a lieu, utilisation des appareils électroniques de détection des poissons, et utilisation, entretien et réparation des engins de pêche;

b) stockage, lavage et traitement du poisson à bord.

Article 13

Pendant la période de trois ans qui suivra la date de l'entrée en vigueur de la législation nationale donnant effet aux dispositions

werden, um festzustellen, ob die Bewerber um Befähigungsnachweise die notwendige Eignung für die entsprechenden Dienste besitzen, haben diese je nach Art und Grad des Befähigungsnachweises genügende Kenntnisse auf Gebieten wie den folgenden nachzuweisen:

a) Schiffsführer und Steuerleute:

i) allgemeine nautische Fächer, einschließlich Seemannschaft, Handhabung des Schiffes und Schutz des menschlichen Lebens auf See sowie eine angemessene Beherrschung der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See;

ii) praktische Navigation, einschließlich der Verwendung elektronischer oder mechanischer Navigationshilfen;

iii) sichere Arbeitsmethoden, einschließlich der sicheren Handhabung der Fanggeräte;

b) Maschinisten:

i) Theorie, Bedienung, Instandhaltung und Instandsetzung von Dampfmaschinen oder Verbrennungsmotoren und deren Zubehör;

ii) Bedienung, Instandhaltung und Instandsetzung von Kühlanlagen, Pumpen, Deckwinden und der sonstigen mechanischen Ausrüstung von Fischereifahrzeugen einschließlich der Auswirkung auf die Stabilität;

iii) Grundkenntnisse bezüglich der elektrischen Anlagen an Bord sowie Instandhaltung und Instandsetzung der elektrischen Maschinen und Ausrüstung auf Fischereifahrzeugen;

iv) technische Sicherheitsvorkehrungen und Notmaßnahmen, einschließlich der Verwendung von Rettungs- und Feuerlöschgeräten.

Artikel 12

Die in Artikel 11 Buchstabe a) erwähnten Prüfungen zur Erlangung von Befähigungsnachweisen für Schiffsführer und Steuerleute können ferner die folgenden Gebiete umfassen:

a) Fangtechnik, gegebenenfalls einschließlich der Bedienung elektronischer Fischortungsgeräte und der Bedienung, Instandhaltung und Instandsetzung von Fanggeräten;

b) Lagerung, Säuberung und Verarbeitung der Fische an Bord.

Artikel 13

Während eines Zeitraums von drei Jahren, gerechnet vom Tag des Inkrafttretens der innerstaatlichen Gesetzgebung zur

sions of this Convention, competency certificates may be issued to persons who have not passed an examination referred to in Articles 11 and 12 of this Convention, but who have in fact had sufficient practical experience of the duties corresponding to the certificate in question and have no record of any serious technical error against them.

Part IV

Enforcement Measures

Article 14

1. Each Member shall ensure the enforcement of national laws or regulations giving effect to the provisions of this Convention by an efficient system of inspection.

2. National laws or regulations giving effect to the provisions of this Convention shall provide for the cases in which the authorities of a Member may detain vessels registered in its territory on account of a breach of these laws or regulations.

Article 15

1. National laws or regulations giving effect to the provisions of this Convention shall prescribe penalties or disciplinary measures for cases in which these laws or regulations are not respected.

2. In particular, such penalties or disciplinary measures shall be prescribed for cases in which –

(a) a fishing vessel owner or his agent, or a skipper, has engaged a person not certificated as required;

(b) a person has obtained by fraud or forged documents an engagement to perform duties requiring certification without holding the requisite certificate.

Part V

Final Provisions

Article 16

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 17

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

de la présente convention, des brevets de capacité pourront être délivrés aux personnes qui n'auront pas passé l'un des examens mentionnés aux articles 11 et 12 ci-dessus, mais qui possèdent en fait une expérience pratique suffisante de la fonction correspondant aux brevets dont il s'agit, pourvu qu'aucune faute technique grave n'ait été relevée contre ces personnes.

Partie IV

Mesures de mise en application

Article 14

1. Tout Membre devra assurer, par un système d'inspection efficace, l'application effective de la législation nationale donnant effet aux dispositions de la présente convention.

2. La législation nationale donnant effet aux dispositions de la présente convention devra prévoir les cas dans lesquels les autorités d'un Membre peuvent arrêter tout bateau immatriculé dans son territoire en raison d'une infraction à ladite législation.

Article 15

1. La législation nationale donnant effet aux dispositions de la présente convention devra déterminer les sanctions pénales ou disciplinaires à appliquer dans les cas où cette législation ne serait pas respectée.

2. Ces sanctions pénales ou disciplinaires devront être prévues notamment contre:

a) l'armateur ou son agent, ou le patron engageant une personne non titulaire du brevet exigé;

b) une personne obtenant par fraude ou fausses pièces un engagement pour exercer des fonctions exigeant un brevet sans être titulaire du brevet requis à cet effet.

Partie V

Disposition finales

Article 16

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 17

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens, können Befähigungsnachweise an Personen ausgestellt werden, die keine Prüfung gemäß Artikel 11 und 12 dieses Übereinkommens abgelegt haben, aber tatsächlich eine ausreichende praktische Erfahrung besitzen, die für die Ausübung der dem betreffenden Befähigungsnachweis entsprechenden Aufgaben genügt, und denen kein schwerer technischer Fehler zur Last zu legen ist.

Teil IV

Durchführungsmaßnahmen

Artikel 14

1. Jedes Mitglied hat die Einhaltung der innerstaatlichen Gesetzgebung zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens durch eine wirksame Aufsicht sicherzustellen.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens hat die Fälle zu bestimmen, in denen die Behörden eines Mitglieds Fahrzeuge, die in seinem Gebiet eingetragen sind, wegen einer Übertretung der Bestimmungen dieser Gesetzgebung zurückhalten können.

Artikel 15

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens hat Strafen oder Dienststrafmaßnahmen für die Fälle festzusetzen, in denen die Bestimmungen dieser Gesetzgebung nicht eingehalten worden sind.

2. Insbesondere sind solche Strafen oder Dienststrafmaßnahmen vorzusehen gegen

a) den Eigentümer eines Fischereifahrzeugs oder seinen Vertreter oder den Schiffsführer, die eine Person ohne den geforderten Befähigungsnachweis anheuern;

b) Personen, die in betrügerischer Weise oder durch Gebrauch gefälschter Papiere eine Anstellung erlangen, die einen Befähigungsnachweis erfordert, ohne den entsprechenden Befähigungsnachweis zu besitzen.

Teil V

Schlußbestimmungen

Artikel 16

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 17

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Article 18

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 18

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par la présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Artikel 18

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Article 19

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 19

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Artikel 19

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Article 20

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

Article 20

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Artikel 20

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Article 21

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 21

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa revision totale ou partielle.

Artikel 21

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Article 22

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides –

(a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 18 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

(b) as from the date when the new revising Convention comes into force, this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 23

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

Article 22

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant revision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant revision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 18 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant revision soit entrée en vigueur;

b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

Article 23

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Artikel 22

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 18, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 23

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Denkschrift zu dem Übereinkommen Nr. 125

I.

Das Übereinkommen regelt für die der Seefischerei dienenden Fahrzeuge den gleichen Gegenstand wie das Übereinkommen Nr. 53 der Internationalen Arbeitsorganisation für die frachtfahrende Kauffahrteifahrt.

Das Übereinkommen gilt für in das Schiffsregister eingetragene Schiffe und Boote aller Art, die bei der Seefischerei im Salzwasser verwendet werden, gleichviel ob sie im öffentlichen oder privaten Eigentum stehen. Ausgenommen sind Schiffe und Boote unter 25 Bruttoregistertonnen, Schiffe und Boote, die zur Walfischjagd oder zu ähnlichen Zwecken, zum Sportfischen oder zum Vergnügen verwendet werden, sowie Fischereiforschungsschiffe und Fischereischutzschiffe. Das nationale Recht kann die Küstenfischerei von der Anwendung des Übereinkommens ausnehmen.

Einer Ratifizierung des Übereinkommens stand in der Vergangenheit entgegen, daß nach der bisherigen Rechtslage strittig war, ob die darin vorgeschriebenen Strafen oder Dienststrafmaßnahmen im einschlägigen innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen waren. Das nunmehr geltende innerstaatliche Recht gemäß dem Seemannsgesetz (SeemG) vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 713), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1277) der Schiffsbesetzungsverordnung (SchBesV) vom 4. April 1984 (BGBl. I S. 523), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 366), und der Verordnung über die Ausbildung und Befähigung von Kapitänen und Schiffsoffizieren des nautischen und technischen Schiffsdienstes (Schiffsoffizier-Ausbildungsverordnung – SchOffzAusbV) vom 11. Februar 1985 (BGBl. I S. 323) entspricht jetzt auch in dieser Hinsicht den Anforderungen des Übereinkommens. Es wird daher vorgeschlagen, dem Übereinkommen zuzustimmen.

II.

Artikel 1 regelt den Geltungsbereich des Übereinkommens. Das SeemG und die SchBesV gehen über diesen Geltungsbereich hinaus und fordern für alle Kauffahrteischiffe – einschließlich der Fischereifahrzeuge – ohne Größenbeschränkung den Besitz von Befähigungszeugnissen für Schiffsführer (Kapitäne) sowie für nautische und maschinentechnische Schiffsoffiziere.

Artikel 2, wonach in der Küstenfischerei verwendete Fahrzeuge von der Anwendung des Übereinkommens ausgenommen werden können, ist für die Bundesrepublik Deutschland gegenstandslos.

Artikel 3 enthält Definitionen der Begriffe „Schiffsführer", „Steuermann" und „Maschinist".

Diese Begriffsbestimmungen entsprechen inhaltlich denen des § 3 in Verbindung mit der Anlage 1 B Abschnitt I SchBesV und denen der §§ 4 und 5 SchOffzAusbV.

Nach Artikel 4 sind Normen für den Erwerb von Befähigungszeugnissen aufzustellen. Dem entsprechen die Regelungen für den Erwerb von Befähigungszeugnissen für Kapitäne, nautische und technische Schiffsoffiziere auf Fischereifahrzeugen in den §§ 7 bis 8 und 14 bis 19 SchOffzAusbV.

Artikel 5 legt im einzelnen die Besetzung von Fischereifahrzeugen mit Inhabern von Befähigungszeugnissen fest, die je nach Typ und Größe des Fischereifahrzeugs beim Auslaufen an Bord zu sein haben, läßt davon unter bestimmten Voraussetzungen aber auch Ausnahmen zu.

Alle deutschen der Seefischerei dienenden Fahrzeuge müssen gemäß § 10 und Anlage 1 Teil B Abschnitt I SchBesV in Verbindung mit den §§ 4 und 5 SchOffzAusbV einen Schiffsführer mit Befähigungszeugnis an Bord haben.

Fischereifahrzeuge mit einem Bruttoraumgehalt von über 250 Registertonnen müssen nach § 10 Abs. 2 SchBesV mindestens mit einem nautischen Schiffsoffizier besetzt sein. Für Fischereifahrzeuge mit einem Bruttoraumgehalt bis zu 250 Registertonnen wird nach § 10 Abs. 1 SchBesV die Regelbesatzung von der See-Berufsgenossenschaft im Einzelfall oder für Schiffsgruppen festgesetzt. Hierbei kann für Fischereifahrzeuge bis zu 125 Registertonnen für eingeschränkte Einsatzgebiete auf den nautischen Schiffsoffizier verzichtet werden.

Der geforderte Grenzwert für die Besetzung mit maschinentechnischen Schiffsoffizieren ist in § 10 Abs. 2 SchBesV festgelegt, wonach Fischereifahrzeuge mit einem Bruttoraumgehalt von über 250 Registertonnen mindestens mit einem technischen Schiffsoffizier besetzt sein müssen. Für Fahrzeuge bis zu 250 Bruttoregistertonnen wird auch die Besetzung mit technischen Schiffsoffizieren im Einzelfall oder für Schiffsgruppen von der See-Berufsgenossenschaft festgesetzt, wobei alle Personen, die Aufgaben eines technischen Schiffsoffiziers wahrnehmen, im Besitz eines entsprechenden Befähigungszeugnisses sein müssen.

Soweit es der innerstaatlichen Gesetzgebung zugewiesen ist, die notwendigen Befähigungszeugnisse nach Größe und Typ der Fischereifahrzeuge sowie nach der Art der ausgeübten Fangtätigkeit und der Fangzone auszustellen, regelt dazu die SchOffzAusbV, daß sich die Befugnisse der nautischen Befähigungszeugnisse nach dem Fahrtgebiet und der Schiffsgröße, die der technischen Befähigungszeugnisse nach der Maschinenleistung richten.

Artikel 6 fordert ein bestimmtes Mindestalter für den Erwerb von Befähigungszeugnissen, das für den Schiffsführer und den Maschinisten nicht niedriger als 20 Jahre, für den Steuermann nicht niedriger als 19 Jahre sein darf, ausgenommen Maschinisten auf kleineren Fahrzeugen mit geringer Motorenleistung, bei denen schon ein Mindestalter von 18 Jahren zulässig ist.

Nach § 9 SchOffzAusbV beträgt das generelle Mindestalter für den Erwerb von Befähigungszeugnissen 20 Jahre. Lediglich die mit dem Zusatz „W" gekennzeichneten Befähigungszeugnisse (die sogenannten Wachoffizierspatente) können bereits im Alter von 18 Jahren erworben werden. Der Erwerb der in Frage kommenden Wachoffizierspatente ist jedoch wegen der vorgeschriebenen Dauer der praktischen und theoretischen Ausbildung vor Vollendung des 19. bzw. 20. Lebensjahres nicht möglich. Das Mindestalter von 18 Jahren für den Erwerb des Befähigungszeugnisses „CNaut" ist durch Artikel 6 Nr. 2 gedeckt.

Artikel 7 verlangt als Mindestberufserfahrung für angehende Steuerleute eine Seefahrtzeit von drei Jahren im Decksdienst.

Die in § 14 SchOffzAusbV festgelegte Mindestberufserfahrung für den Erwerb der Befähigungszeugnisse zum nautischen Schiffsoffizier „BGW" beträgt entweder achtundvierzig Monate Seefahrtzeit, davon mindestens achtzehn Monate auf Fahrzeugen der Hochseefischerei, oder – ebenso wie für den Erwerb der Befähigungszeugnisse „BKW" und „BKÜ" – sechsunddreißig Monate Ausbildung zum Schiffsmechaniker, zum Matrosen oder zum Fischwirt, mit Schwerpunkt Kleine Hochsee- und Küstenfischerei, und zwölf Monate Seefahrtzeit auf Fahrzeugen der Seefischerei.

Artikel 8 fordert eine Mindestberufserfahrung von vier Jahren Seefahrtzeit für den Schiffsführer.

Diesen Anforderungen genügt schon die Berufserfahrung zum Erwerb der Befähigung zum nautischen Schiffsoffizier (vgl. Anmerkungen zu Artikel 7). Darüber hinaus hat der nautische Schiffsoffizier für den Erwerb des Befähigungszeugnisses zum Kapitän BG eine Seefahrtzeit von vierundzwanzig Monaten auf Fahrzeugen der Großen Hochseefischerei und für den Erwerb des Befähigungszeugnisses zum Kapitän BK eine Seefahrtzeit von vierundzwanzig Monaten auf Fahrzeugen der Kleinen Hochseefischerei nachzuweisen.

Artikel 9 verlangt für den Erwerb des Befähigungszeugnisses zum Maschinisten eine Mindestberufserfahrung von drei Jahren Seefahrtzeit im Maschinendienst, auf die Zeiten in einer Maschinenwerkstatt angerechnet werden können.

Diesen Anforderungen entsprechen §§ 15 bis 17 SchOffzAusbV. Danach sind für den Erwerb der Befähigungszeugnisse zum Schiffsingenieur CI, zum Schiffsbetriebstechniker CT und zum Schiffsmaschinisten CMa generell eine betriebliche Ausbildungs- und Erfahrungsseefahrtzeit von achtundsiebzig Monaten, in wenigen Ausnahmefällen mindestens aber von achtundvierzig Monaten vorgeschrieben.

Das Befähigungszeugnis zum Schiffsmotorführer CNaut kann nur von Kapitänen und nautischen Schiffsoffizieren erworben werden, die eine über die Anforderungen des Artikels 9 hinausgehende Seefahrtzeit nachweisen. Darüber hinaus haben sie sich einer Zusatzausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben im technischen Dienst zu unterziehen (§ 19 SchOffzAusbV).

Artikel 10, der eine Anrechnung anerkannter Ausbildungslehrgänge bis zu zwölf Monaten auf die Seefahrtzeit zuläßt, ist für die Bundesrepublik Deutschland gegenstandslos.

Die Artikel 11 und 12 fordern für den Erwerb von Befähigungszeugnissen Prüfungen. Dabei müssen die in Artikel 11 und können die in Artikel 12 aufgeführten Prüfungsgebiete behandelt werden, in denen genügende Kenntnisse nachzuweisen sind.

§ 18 SchOffzAusbV sieht für den Erwerb aller Befähigungszeugnisse Berufseingangsprüfungen vor, zu denen nur zugelassen wird, wer die Teilnahme an einer Ausbildung an den dazu nach Landesrecht eingerichteten Ausbildungsstätten nachweist. Unterrichts- und Prüfungsgegenstände entsprechen den Anforderungen der Artikel 11 und 12.

Artikel 13, der eine zeitlich begrenzte Übergangsfrist für die erleichterte Ausstellung von Befähigungszeugnissen vorsieht, ist für die Bundesrepublik Deutschland gegenstandslos.

Artikel 14 fordert eine wirksame Aufsicht und Möglichkeiten, ein Schiff, das die Bestimmungen des Übereinkommens nicht einhält, zurückzuhalten.

Die Überwachung der Bordausbildung von Besatzungsmitgliedern und damit auch der Schiffsoffiziere sowie die Abnahme der Berufseingangsprüfungen zum Erwerb der Befähigungszeugnisse sind Aufgaben des Bundes. Die Überwachung der Bordausbildung und damit die Einhaltung der Ausbildungsanforderungen an Bord hat der Bund der Berufsausbildungsstelle Seeschiffahrt e. V. übertragen. Der Nachweis der fachlichen Eignung zum Erwerb der Befähigungszeugnisse zum Kapitän oder zum Schiffsoffizier wird durch eine Berufseingangsprüfung des Bundes geführt, auf die er durch Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern verzichten kann, soweit durch eine Abschlußprüfung an den Landesschulen die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten auf den in der SchOffzAusbV aufgeführten Gebieten für den Erwerb der jeweiligen Befähigungszeugnisse festgestellt und die übrigen für den Patenterwerb erforderlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Zur Überwachung der Einhaltung der Prüfungsanforderungen kann ein Vertreter des Bundes an den Schulabschlußprüfungen teilnehmen (§ 18 SchOffzAusbV).

Die Einhaltung der Bestimmungen über die Besetzung von Fischereifahrzeugen hinsichtlich der Qualifikation und der Anzahl der Besatzungsmitglieder überwacht die See-Berufsgenossenschaft, die sich hierbei in erster Linie der Vollzugshilfe der Wasserschutzpolizei der Länder bedient. Sofern ein Schiff nicht ordnungsgemäß besetzt ist, hat grundsätzlich die See-Berufsgenossenschaft das Auslaufen oder die Weiterfahrt zu verbieten oder nur unter Bedingungen oder Auflagen zu gestatten.

Artikel 15 verlangt, daß die innerstaatliche Gesetzgebung Strafen oder Dienststrafmaßnahmen vorsieht, und zwar gegen den Eigentümer eines Fischereifahrzeugs oder seinen Vertreter oder gegen den Kapitän, wenn sie Personen ohne die für die jeweilige Funktion an Bord erforderlichen Befähigungszeugnisse beschäftigen, und gegen Personen, die eine Anstellung in betrügerischer Weise oder durch Gebrauch gefälschter Papiere erreichen, ohne im Besitz des entsprechenden Befähigungszeugnisses zu sein.

Artikel 15 Abs. 2 a bezieht sich nach einer Auslegung des Internationalen Arbeitsamts auf Artikel 5 Abs. 1, soweit es sich um eine ordnungsgemäße Besetzung („müssen an Bord haben") von Fischereifahrzeugen han-

delt, und konkretisiert damit zugleich die generelle Forderung des Artikels 15 Abs. 1 nach Sanktionen („insbesondere"). Daraus ergibt sich, daß Artikel 15 Abs. 2 a darauf abzielt, das vorschriftswidrige Besetzen von Fischereifahrzeugen, nicht jedoch darüber hinaus auch bereits das Anheuern unqualifizierter Seeleute durch innerstaatliche Sanktionsvorschriften zu erfassen. Da der Wortlaut des Artikels 15 Abs. 2 a in der nach Artikel 23 allein maßgeblichen englischen und französischen Fassung mit dem des Artikels 6 Abs. 2 a des Übereinkommens Nr. 53 identisch ist, hätte folgerichtig auch bei Artikel 15 Abs. 2 a das Wort „engaged" bzw. „engageant" nicht mit der Formulierung „anheuern", sondern ebenfalls mit dem Begriff „in Dienst nehmen" übersetzt werden müssen. Im übrigen wird in der Präambel der Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens Nr. 53 wiedergegeben, der ausschließlich auf eine ordnungsgemäße Besetzung von Schiffen abstellt.

Dementsprechend ist nach dem innerstaatlichen Recht das vorschriftswidrige Besetzen eines Handelsschiffes durch den Reeder oder den Kapitän gemäß § 123 a SeemG strafbar oder gemäß § 16 SchBesV ordnungswidrig. Der rechtsgeschäftlich bestellte Vertreter des Reeders wird durch § 14 StGB bzw. § 9 OWiG erfaßt.

Die Begehungsform des Erlangens einer Anstellung „in betrügerischer Weise" nach Artikel 15 Abs. 2 b ist in § 263 StGB normiert. Danach begeht eine Person, die durch falsche Angaben eine Anstellung als Schiffsoffizier erhält, ohne hierfür das entsprechende Befähigungszeugnis zu besitzen, einen Anstellungsbetrug. Die weitere Begehungsform des Erlangens einer Anstellung „durch Gebrauch gefälschter Papiere" nach Artikel 15 Abs. 2 b ist in den §§ 267, 273 StGB geregelt, wonach strafbar ist, wer sich, um eine Anstellung zu bekommen, falscher oder gefälschter Papiere bedient.

Die Artikel 16 bis 23 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen über Inkrafttreten, Kündigung und Abänderung internationaler Übereinkommen.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 812271 2. 88
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333